



## **Dringlicher Antrag**

### **der Grünen – ALG**

eingebraucht in der Gemeinderatssitzung vom 21. März 2024

von

**GR Tristan Ammerer**

#### **Betrifft: Antisemitismusbeauftragte als Maßnahme gegen explosive Zunahme antisemitischer Vorfälle**

Vergangene Woche wurde der Antisemitismusbericht der Antisemitismusedestelle der Israelitischen Kultusgemeinde (IKG) präsentiert. Dieser zeigt eine "noch nie dagewesene Explosion an antisemitischen Vorfällen" in Österreich. Diese rasante Zunahme trat mit der Zäsur des 7. Oktober 2023 ein, ähnliches wird aus anderen Ländern berichtet. Alleine von Oktober bis Dezember 2023 kam es zu mehr Vorfällen als im gesamten Jahr 2022.

Dem Bericht der IKG ist weiters zu entnehmen, dass nach wie vor die meisten antisemitischen Vorfälle dem rechtsextremen Bereich zuzuordnen sind, wiewohl auch zu bemerken ist, dass Vorfälle im migrantischen und linken Bereich zugenommen haben. Dies zeigt wieder einmal, dass Antisemitismus eine gesellschaftliche Querschnittsmaterie ist und quer durch alle Bevölkerungsschichten auftritt. Genau so muss er auch behandelt und bekämpft werden.

Präventionsmaßnahmen müssen zweifelsohne dringend ausgebaut werden. Was aber tun mit jenem Antisemitismus, der bereits manifest ist und somit für präventive Maßnahmen nicht mehr greifbar? Die Antwort muss sein, dass dieser bekämpft werden muss.

Leider machen es sich jedoch manche Parteien und Gruppierungen sehr bequem, in dem sie den Antisemitismus stets bei den Anderen verorten. Dies leben rechte Parteien gerne vor, wenn sie ausschließlich über den sogenannten "importierten" Antisemitismus reden, obwohl der Antisemitismusbericht wieder einmal klar gezeigt hat, dass rechte Motive nach wie vor den größten Anteil antisemitischer Vorfälle ausmachen. Doch auch im linken Bereich neigt man immer wieder dazu, das Kehren vor der eigenen Haustür zu vernachlässigen.



Die Bundesrepublik Deutschland lebt ein, von jüdischen Verbänden weltweit anerkanntes System vor, nämlich jenes der Antisemitismusbeauftragten. Angefangen vom Antisemitismusbeauftragten der Bundesregierung, über jene der Länder bis hin zu jenen der Städte wurde ein staatliches Netzwerk von partei-, und weisungsfrei agierenden Stellen geschaffen, die sich dem Kampf gegen Antisemitismus einerseits, sowie der Vernetzung zivilgesellschaftlicher Initiativen gegen Antisemitismus andererseits widmen. Dieses System wurde auch ausdrücklich von der Organisation "Combat Antisemitism Movement" im Abschlussdokument des European Mayors Summit against Antisemitism, an dem auch die Stadt Graz teilnahm, empfohlen, um dem Kampf gegen Antisemitismus Priorität einzuräumen.

In Österreich existiert nichts dergleichen, weder auf Bundes-, Landes-, noch auf städtischer Ebene. Allzu oft bleibt es jüdischen Organisationen, trotz steter Solidaritätsbekundungen aus der Politik, selbst überlassen, sich gegen die antisemitischen Bedrohungen zu wehren. Nicht zuletzt deshalb ist es auch die israelitische Kultusgemeinde, die die Antisemitismusedestelle betreibt.

Es wäre schon lange, aber angesichts der erschreckenden Zunahme antisemitischer Vorfälle gerade jetzt an der Zeit, ein System wie jenes der Antisemitismusbeauftragten auch in Österreich einzuführen. Lippenbekenntnisse reichen schon lange nicht mehr.

Deshalb stelle ich folgenden

### **DRINGLICHER ANTRAG**

Die Bundesregierung wird am Petitionsweg ersucht, die Stelle eines Bundes-Antisemitismusbeauftragten im Sinne des Motiventextes einzurichten und umgehend die notwendigen Schritte zu setzen, um ein System, ähnlich jenem der Bundesrepublik Deutschland, zu etablieren.